

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

SVP-Erfolge

3

Die SVP hat bei allen kantonalen Wahlen 2013 Sitze gewonnen.



Initiative "gegen Masseneinwanderung" 6-7

Ausländerstatistik entlarvt Abstimmungspropaganda.



Familieninitiative 8-

Interview mit Jolanda Reichen, Mutter aus Adelboden (BE).





T 062 205 75 75 F 062 205 75 00 www.dietschi.ch



ie SVP hat eine eigene Plakatkampagne gegen die schädliche 1:12-Initiative gestartet. Die Initiative will in der Schweiz ein gefährliches, sozialistisches Konzept umsetzen und würde bei einer Annahme Arbeitsplätze, Sicherheit und Wohlstand zerstören. Die SVP setzt sich deshalb für einen konkurrenzfähigen Werk- und Finanzplatz ein. Freiheitliche Rahmenbedingungen, Leistungsbereitschaft, Innovationskraft und ein verantwortliches Miteinander von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind Voraussetzungen für ein auf die Zukunft unseres Landes ausgerichtetes wirtschaftliches und politisches System. In dem Sinne gilt es der zerstörerischen 1:12-Initiative am 24. November eine klare Absage zu erteilen.

- www.svp.ch - klartext@svp.ch - November 2013 AZB 3001 Bern - Preis Fr. 35.- jährlich - erscheint monatlich - 55 000 Expl.

Das Wort des Parteipräsidenten

Ja zur Familieninitiative

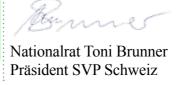


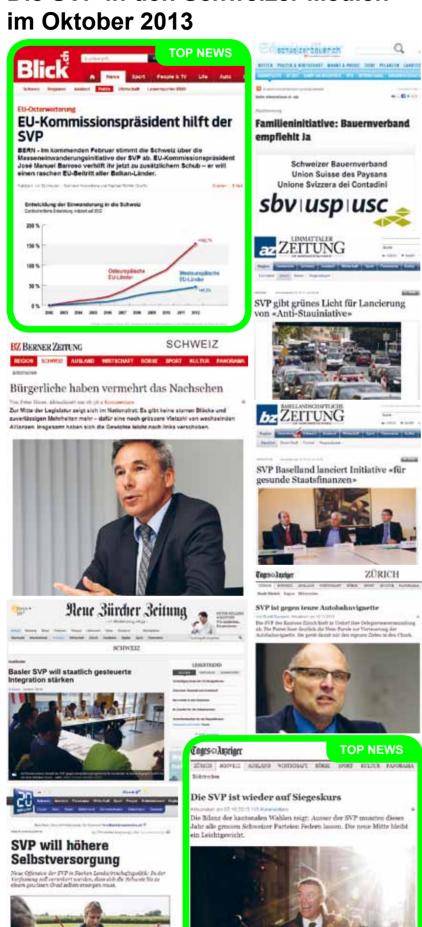
ie Gegner unserer Familieninitiative heulen auf. Sie hätten die Initiative der SVP unterschätzt. Eiligst wurde eine Pressekonferenz mit allen Parteipräsidenten einberufen. Die Argumente sind hilflos. Von Steuerausfällen ist die Rede. Das Gegenteil ist der Fall. Unsere Initiative entlastet den Staatshaushalt!

Heute werden jene Familien benachteiligt, die selbstverantwortlich für die Erziehung der Kinder aufkommen und dafür keine staatliche Infrastruktur in Anspruch nehmen. Alle Eltern, die sich selber organisieren und zum Beispiel ihr Arbeitspensum reduzieren oder die Grosseltern engagieren, sind heute die Lackierten. Sie sind es, die den Staatshaushalt entlasten. Damit die heutige Diskriminierung ein Ende hat, gehört ein kräftiges Ja in die Urne.

Ein neutraler und unabhängiger Staat sorgt selber vor. Er verteidigt die eigene Sicherheit mit einer glaubwürdigen Armee und sorgt dafür, dass zur sicheren Versorgung der eigenen Bevölkerung die wichtigsten Grundlagen vorhanden sind. Dazu gehören für uns sowohl eine eigene Stromproduktion wie auch ein möglichst hoher Selbstversorgungsgrad bei den Lebensmitteln.

Die SVP kann die bundesrätliche Energiestrategie 2050 nicht mittragen. Denn mit dieser nimmt die Versorgungssicherheit ab und die Auslandabhängigkeit zu. Die SVP hat daher zur sicheren und kostengünstigen Stromversorgung ein eigenes Konzept erarbeitet. Auch in der Landwirtschaftspolitik unterstützt die SVP jene Bestrebungen, welche die produzierende Landwirtschaft ins Zentrum rücken. Ein entsprechendes Volksbegehren, dem wir unsere Unterstützung zugesichert haben, ist in Vorbereitung.





Die SVP in den Schweizer Medien

Erfolgreiches Wahljahr

Sämtliche kantonalen Wahlen in diesem Jahr - in Solothurn, im Wallis, in Neuenburg und Genf - konnten siegreich gestaltet werden. In Basel-Landschaft gelang zudem die Rückkehr in die Exekutive. Leider konnte der zweite Regierungsratssitz bei den Ersatzwahlen im Kanton Appenzell Ausserrhoden nicht gehalten werden. Die SVP hat nach diesen Wahlen mit 21 Regierungsräten die höchste Zahl an kantonalen Exekutivmitgliedern in ihrer Geschichte. In den kantonalen Parlamenten ist sie wieder die stärkste Kraft.

m Kanton Solothurn bestätigte die SVP im März dieses Jahres ihren kontinuierlichen Aufwärtstrend und wurde, bezogen auf den Wähleranteil, neu zur zweitstärksten Kraft im Kanton. Damit konnte auch erstmals die 20-Prozent-Marke auf kantonaler Ebene geknackt werden.

SVP in den Westschweizer Exekutiven

Am gleichen Wahlwochenende kam es zu einem historischen Paukenschlag im Kanton Wallis. Der Erdrutschsieg der SVP bei den Parlamentswahlen beendete die 165-jährige absolute Mehrheit Ein überzeugender Wahlkampf war

"Am Ende das Jahres 2013 ist die SVP mit 562 Mandaten wieder klar die stärkste Partei in den kantonalen Parlamenten."

Martin Baltisser. Generalsekretär SVP Schweiz

der CVP. Gleich um 9 Sitze legte die SVP im Grossen Rat zu. Und im zweiten Wahlgang gelang Oskar Freysinger mit einem Glanzresultat gar der Einzug in die Walliser Regierung.

Es sollte in der Westschweiz indes noch besser kommen. Mit Yvan Perrin schaffte im Mai ein zweiter SVP-Vertreter den Einzug in eine Westschweizer Regierung, ein Ereignis, das noch vor kurzem niemand für möglich gehalten hätte. Auch in den vorangegangenen Kantonsratswahlen konnte die SVP in Neuenburg einen Erfolg verzeichnen und legte um nicht weniger als 6 Sitze auf insgesamt 20 Sitze zu, bei einem Wähleranteil von 16.9%.

Engagierte Wahlkämpfe

Einen äusserst engagierten Wahlkampf führte die SVP Genf, die sich in einem schwierigen Umfeld bewegt, wurde

ihr doch in den letzten Jahren ein Teil der Wählerschaft vom Mouvement des Citoyens strittig gemacht. Obwohl die Medien – wie übrigens in allen Westschweizer Kantonen - die SVP konsequent hinuntergeschrieben haben und dieser gar das Nichterreichen des notwendigen Quorums für den Einzug ins Parlament vorausgesagt hatten, konnte die SVP am 6. Oktober einen grossen Erfolg feiern. Man legte im Parlament um zwei Sitze zu und steigerte den Wähleranteil auf nunmehr über 10 Pro-

auch im Kanton Basel-Landschaft notwendig. um bei der Ersatzwahl in den Regierungsrat am 21. April dieses Jahres die Rückkehr der SVP in die kantonale Exekutive

zu schaffen. Dies gelang Thomas Weber nach einem offenen Rennen gegen den starken Kandidaten der SP. Für einmal spielte auch die bürgerliche Zusammenarbeit, was den Erfolg begünstigte.

Stärkste Partei in den Parlamenten

Am Ende das Jahres 2013 ist die SVP mit 562 Mandaten wieder klar die stärkste Partei in den kantonalen Parlamenten. In genau der Hälfte der Kantone wurde nun seit den letzten eidgenössischen Wahlen die Parlamente erneuert. Die SVP konnte dabei in neun Kantonen zulegen, in vier hat sie verloren: eine Bilanz, die sich – auch im Vergleich zu den anderen grossen Parteien - sehen lässt. Ebenfalls konnte der verstärkte Einzug in die kantonalen Exekutiven in diesem Jahr fortgesetzt werden, auch wenn dieser Weg noch lang und steinig sein dürfte.

Die 2013 gewählten **SVP-Regierungsräte**



Kanton Wallis Staatsrat und Nationalrat Oskar Freysinger, Vorsteher des Departements für Bildung und Sicherheit, Vizepräsident SVP Schweiz, Savièse (VS)



Kanton Neuenburg Staatsrat Yvan Perrin, Vorsteher des Departements für Raumplanung und Umwelt, ehem. Vizepräsident SVP Schweiz, La Côte-aux-Fées (NE)



Kanton Basel-Landschaft Regierungsrat Thomas Weber, Vorsteher der Volkswirtschaftsund Gesundheitsdirektion, Buus (BL)

«Nur mit gleich hohen Steuerabzügen besteht wirklich eine Wahlfreiheit beim Betreuungsmodell.»



Meier Präsidentin SVP Frauen Aargau, Staufen (AG)

Maya

Am 24. November



Arbeitsplätze, Sicherheit und Wohlstand zerstören?

Die vereinigten Genossen der Schweiz kämpfen mit der 1:12-Initiative der Jungsozialisten einmal mehr für die Durchsetzung der Staats- bzw. Planwirtschaft und für die Überwindung des Kapitalismus. Die SVP steht im Gegensatz dazu für die Stärkung der Eigenverantwortung und damit für eine sichere Zukunft in Freiheit ein.

Europäische Staaten wie Griechenland, Italien, aber auch Frankreich, zeigen, wohin die sozialistischen Konzepte einer durch den Staat bestimmten und gelenkten Wirtschaft in der Realität führen. Einzig die Schattenwirtschaft – mit allen Auswüchsen – floriert in diesen Staaten, die Schuldenberge und die Arbeitslosigkeit sind hingegen hoch, der Sozialstaat ist am Boden und der Mittelstand blutet aus. Soweit dürfen wir es in der Schweiz nicht kommen lassen.

Jetzt sprechen Schweizer Unternehmer Klartext gegen die 1:12-Initiative!



«Ein staatliches 1:12-Lohndiktat - getrieben von Missgunst und Neid - ist ein massiver, inakzeptabler Eingriff in die Freiheit von verantwortungsbewussten Unternehmern.»

Franz Grüter

CEO green.ch AG und Green Datacenter AG, Brugg (AG)

«Die Schweiz weist eine hohe Beschäftigungsquote und niedrige Arbeitslosigkeit auf. Soll das alles aufs Spiel gesetzt werden? Wir sollten uns im eigenen Interesse für die unternehmerische Freiheit einsetzen. Damit geben wir auch den kommenden Generationen eine Chance!»

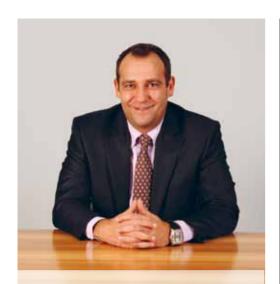
Sylvia Flückiger

Unternehmerin / Mitinhaberin und Mitglied der Geschäftsleitung Flückiger Holz AG, Hobelwerk und Holzhandel, Schöftland (AG)

«Überbordende Regulierungswut und permanente Staatseingriffe strapazieren unsere Attraktivität als Wirtschaftsstandort schon heute über alle Massen. Die Festsetzung der Lohnstruktur ist Sache des Unternehmers, sicher nicht jene des Staates.»

Thomas de Courten

Leiter Wirtschaftsförderung Baselland, Rünenberg (BL)



«Die Schweiz braucht Personen, die viel verdienen, denn sie zahlen auch überproportional viel Steuern und Sozialbeiträge. Dass das oberste 1% der Einkommen 41% der direkten Bundessteuern zahlt (1:41), illustriert dies eindrücklich. Darum ein konsequentes NEIN zur 1:12-Initiative.»

Thomas Matter

CEO Matter Group AG, Meilen (ZH)



«Im umliegenden Ausland haben genau solche staatlichen Interventionen den Arbeitsmarkt eingeschränkt und der Wirtschaft geschadet. Die Folge war ein Anstieg der Arbeitslosigkeit.»

Peter Spuhler

Inhaber und CEO der Stadler Rail Group, Bussnang (TG)



Inserat

«Familien, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen, profitieren zusätzlich von der Krippenfinanzierung durch die öffentliche Hand. Ja zur Familieninitiative, damit wenigstens bei den Steuerabzügen Gleichberechtigung geschaffen wird.»



Markus Hausammann Vater von 4 Kindern, Landwirt, Nationalrat, Langrickenbach (TG)

Am 24. November



Ausländerstatistik als Propaganda

Was in jüngster Zeit bezüglich Einwanderung verbreitet wird, ist ein Schlag ins Gesicht des gesunden Menschenverstands. Man weiss inzwischen nicht mehr, durch wen die Stimmbürger mehr manipuliert werden, durch den Bundesrat oder durch die Medien?

uerst hörte man aus dem "Seco" (Bundesverwaltung) ein Loblied auf die Personenfreizügigkeit. Und vor einigen Wochen verbreiteten die Medien nun auch noch auf breiter Front den Unsinn, die Problematik sei entschärft, weil die Auswanderung am Steigen sei! Vor allem Deutsche würden massenweise in ihre Heimat zurückwandern.

Reine Propaganda

Die angebliche Abwanderung der Deutschen ist eine reine Propaganda-Aktion gegen die Masseneinwanderungsinitiative. Ende August 2013 lebten gemäss Statistik 8'071 Deutsche mehr in der Schweiz als Ende August 2012. Bei den Portugiesen waren es sogar 12'874, obwohl rund 9% der Portugiesen in der Schweiz im 2. Quartal 2013 erwerbslos waren. Zwischen September 2012 bis August 2013 wanderten nicht weniger als 83'871 Ausländer mehr in die Schweiz ein als aus. Das war im Vergleich zum Vorjahr eine erneute Steigerung, als netto 78'378 kamen.

Die Netto-Einwanderung entspricht

der Einwohnerzahl der Stadt Luzern

(brutto kommen sogar gegen 150'000

Unglaubliche Fehlprognosen

Seit mehr als 20 Jahren werden die Diskussionen um die freie Einwanderung geführt, schon beim EWR (1992), bei der Abstimmung über die Personenfreizügigkeit (2000), bei der Ausweitung auf die EU-Oststaaten (2005), bei der Ausweitung auf Rumänien und Bulgarien (2008). In Hunderten von politischen Anlässen hat sich der Bundesrat zur Einwanderung geäussert. Vor der entscheidenden Volksabstimmung vom 21. Mai 2000 stützte er sich auf das "Expertengutachten Straubhaar", welches 8'000 Einwanderungen pro Jahr prognostizierte. Realität heute: 10x höhere Einwanderung.

Haben die Experten und die massgebenden Politikerinnen und Politiker die Einwanderung zehnfach unterschätzt? Oder war ihnen von Anfang an klar: Je höher der Wohlstand der Schweiz im Vergleich zu anderen Staaten (hoffentlich) ist, desto höher wird selbstverständlich die Zuwanderung, wenn wir sie nicht mehr begrenzen können.

Mass halten!

Eine gewisse Einwanderung ist unbestritten; die Schweizer Wirtschaft war schon immer auf ausländische Arbeitnehmer angewiesen. Aber: Wer einwandern darf und wer nicht, ist der wohl wirksamste Hebel, um den Wohlstand eines Landes zu sichern.

Man stelle sich einerseits vor, es kämen Einwanderer in die Schweiz, die anpacken und mit Kräften mithelfen, unser Land aufzubauen! Und man stelle sich andererseits vor, es kämen unkontrolliert Einwanderer ohne jede beruflicher Bildung, mit schlechter Arbeitseinstellung oder mit der Grundhaltung, den Staat zu betrügen, weil sie gelernt haben, den Staat als Gegner zu betrachten, den man "ausnehmen" muss. Welch ein Unterschied!

Wir müssen alles daran setzen, dass wir die Einwanderung wieder selbst steuern und die Grenzen selbst setzen können. Nur darum geht es. Nur das fordern wir! Unabhängig bleiben – selbst entscheiden – Mass halten!



von Nationalrat Luzi Stamm, Vizepräsident SVP Schweiz, Baden (AG)

Zitet

pro Jahr).

"Unsere Ressourcen sind nicht unendlich. Deshalb muss die Schweiz die Einwanderung wieder aktiv steuern."

Peter Föhn, Ständerat, Muotathal (SZ)

200m

In rund 20 Jahren ist ohne Masshalten bei der Einwanderung die 10-Millionen-Grenze erreicht.

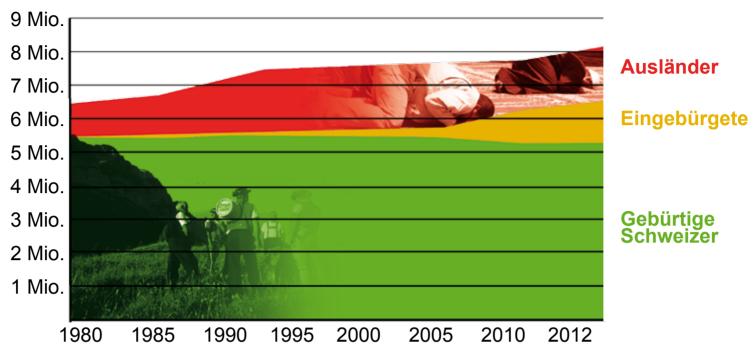


Zahl

380'000

In den letzten fünf Jahren sind offiziell über 380'000 Personen mehr in die Schweiz ein- als ausgewandert. Dies entspricht der Einwohnerzahl der Stadt Zürich.

Bevölkerungsentwicklung in Millionen Einwohner seit 1980



Seit 1980 hat die Zahl der gebürtigen Schweizern nicht zugenommen. Sie liegt seit 30 Jahren stabil bei 5.4 Millionen. Seit dem Jahr 2000 hat aber die Anzahl Eingebürgerter markant zugenommen, 2012 waren dies insgesamt rund eine Million Schweizer. Dies macht rund einen Sechstel aller Schweizer aus.

Massiv zugenommen hat auch die Zahl der Ausländer in der Schweiz. Waren 1980 noch rund eine Million Einwohner Ausländer, so sind es mittlerweile bereits zwei Millionen. Damit haben sie bei der Bevölkerungszunahme auf acht Millionen die Hauptrolle gespielt. Mit diesem Rhythmus wird die Schweiz 2035 gemäss Schätzungen des Bundesamtes für Statistik 10 Millionen Einwohner zählen. Was in erster Linie auf die unkontrollierte Masseneinwanderung zurückzuführen sein wird.

« Die Zunahme der Schweizer Bevölkerung aufgrund der Einwanderung führt zu immer mehr Problemen mit unseren Infrastrukturen, Ressourcen und Sozialwerken. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Volksinitiative "Gegen Masseneinwanderung" am 9. Februar 2014 angenommen wird.»

Nationalrat Pierre-Francois Veillon, Präsident der Geschäftsprüfungsdelegation, ehem. Staatsrat, Les Plans-sur-Bex (VD)



MEHR INFORMATIONEN

WWW_masseneinwanderung.ch

Diskriminier

An der vierten Delegiertenversammlung des Jahres, die heuer auf dem Militärflugplatz Meiringen (BE) stattfand, fassten die Delegierten nach einer offenen Diskussion einstimmig die JA-Parole zur Familieninitiative. Damit setzten sie ein Zeichen für die freie Wahl des individuellen Betreuungsmodells.



Um der Debatte zur Familieninitiative Nachdruck zu verleihen, begleiteten mehrere Dutzend Kinder ihre Eltern an die Delegiertenversammlung.



Nationalrätin Andrea Geissbühler und Tochter Zoé zusammen mit Parteipräsident und Nationalrat Toni Brunner auf der Bühne der Delegiertenversammlung.



Steuer-Abzug



Die über 350 Delegierten, die sich an der Delegiertenversammlung in Meiringen eingefunden haben, haben einstimmig die JA-Parole für die Familieninitiative gefasst und damit ein Zeichen für die Wahlfreiheit des Betreuungsmodells gesetzt.



Der bern-jurassische Regierungsratskandidat Manfred Bühler versucht mit einem kleinen Geschenk, Carmen Walker-Späh, Präsidentin der FDP-Frauen, noch von einem JA zu überzeugen.

Ing stoppen! JETZT AN DIE URNE!

Interview mit Jolanda Reichen, Mutter und Strassenbaupolierin EFZ, Adelboden (BE)





Frau Reichen aus Adelboden ist verheiratet und Mutter eines eineinhalb Jahre alten Jungen, den sie an zwei Tagen pro Woche durch seine Grosseltern betreuen lässt.

VP-Klartext: Frau Reichen, Sie sind Mutter eines kleinen Jungen und arbeiten Teilzeit mit im Familienbetrieb. Wie schaffen Sie es, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen?

Kein Abzug

Jolanda Reichen: Ich habe einen fortschrittlichen Arbeitgeber. Zudem sind sowohl meine Mutter wie auch die Schwiegermutter sehr flexibel und unterstützen uns in der Betreuung unseres Kindes. Schliesslich teilen mein Mann und ich die Hausarbeiten.

Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, werden von den Gegnern der Familieninitiative als "traditionell" bezeichnet. Es fällt sogar des Öfteren das Wort "Herdprämie". Sie haben sich bewusst für eine Reduktion ihres Arbeitspensums entschieden, um mehr Zeit mit Ihrem Sohn zu verbringen. Treffen Sie diese Vorwürfe?

Nein diese Vorwürfe treffen mich nicht. 100 Prozent zu arbeiten wäre für mich kein Thema. Ich will dabei sein und zusehen, wie mein Sohn gross wird und ihm die nötige Zuneigung und Wärme geben.

Gesetzt dem Fall, dass die Familieninitiative angenommen wird. Inwiefern würde Ihre Situation dadurch verbessert?

Wegen der Arbeitszeitreduktion verliere ich rund 40 Prozent meines Einkommens. Durch die Familieninitiative dürfte ich als Wertschätzung für meine Familienarbeit einen tiefen vierstelligen Betrag in Form einer Steuerreduktion zurückerhalten.

MEHR INFORMATIONEN

WWW.familieninitiative.ch



- Der kompakte Preisbrecher grosse Klasse, kleiner Preis
- Der beliebte Familienwagen bequem, geräumig und sparsam
- Der vielseitige Crossover Van, Kombi und SUV zugleich
- Der effiziente Sportler viel Leistung bei tiefem Verbrauch
- Der stilvolle Blickfang attraktives Crossover-Design
- Der intelligente Allradler 4-Modus-4x4-Antriebssystem ALLGRIP
- Der reisefreudige Transporter bis zu 1269 Liter Kofferraumvolumen
- Der kompakteste Swiss-Cross ideal für die Schweiz

- Der grösste Weitblick einzigartiges Panorama-Glasschiebedach
- Der neue Massstab exklusive Ausstattung, einzigartige Innovationen

Der neue Suzuki SX4 S-CROSS ist mehr als nur eine Weltpremiere. Er vereint mehrere Weltpremieren und definiert die Crossover-Klasse neu. Zum Beispiel mit dem revolutionären 4-Modus-4x4-Antriebssystem ALLGRIP. Dieses überzeugt mit neuster Technologie und praktischen Funktionen. **Auto:** Sobald erforderlich, wird automatisch auf ALLGRIP umgeschaltet. **Sport:** Für kurvenreiche Strecken und sportlichen Charakter. **Snow:** Im Schnee und bei schwierigen Strassenverhältnissen. **Lock:** Für anspruchsvollste Situationen, das max. Drehmoment wird optimiert an alle 4 Räder weitergeleitet.

Exklusive Ausstattung am Beispiel des New SX4 S-CROSS GL TOP. Stopp-/Start-Automatik (nur manuelles Getriebe), automatische 2-Zonen-Klimaanlage, Navigations- & Multimediasystem inkl. Rückfahrkamera, Bluetooth inkl. Freisprechanlage, Lederlenkrad mit Tasten für Audio- und Tempomat-Steuerung, Keyless Entry & Start-Stopp-Knopf, Parksensoren vorne & hinten, Lederausstattung, Regensensor, Bi-Xenon-Scheinwerfer, Tagfahrlicht (LED), Panorama-Sonnendach, getönte Scheiben, Berganfahrhilfe, 17" Leichtmetallfelgen, Sitzheizung vorne.

Suzuki fahren, Treibstoff sparen: New Suzuki SX4 S-CROSS 1.6, Fr. 19990.-, Treibstoff-Normverbrauch: $5.51/100\,\mathrm{km}$, Energieeffizienz-Kategorie: C, $\mathrm{CO_2}$ -Emissionen: $127\,\mathrm{g/km}$; Abbildung: New Suzuki SX4 S-CROSS 1.6 GL Top $4\,\mathrm{x}\,4$, Fr. $31\,990$.-, Treibstoff-Normverbrauch: $5.71/100\,\mathrm{km}$, Energieeffizienz-Kategorie: D, $\mathrm{CO_2}$ -Emissionen: $130\,\mathrm{g/km}$; Durchschnitt aller Neuwagenmarken und -modelle in der Schweiz: $153\,\mathrm{g/km}$.





Ihr Suzuki Fachhändler unterbreitet Ihnen gerne ein auf Ihre Wünsche und Bedürfnisse abgestimmtes Suzuki Hit-Leasing-Angebot. **Sämtliche Preisan**-

gaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlung, inkl. MwSt.

Die kompakte Nr. 1



Way of Life!

www.suzuki.ch

Nein zur Entmündigung der Schweizer Patienten

Zum dritten Mal nach 2003 und 2007 starten linke Kreise den Versuch, unser Gesundheitswesen zu verstaatlichen. Wenn wir unsere Wahlfreiheit behalten wollen, müssen wir das Verwaltungsmonstrum Einheitskasse mit allen Mitteln verhindern.

as schweizerische Gesundheitssystem ist eines der bes-

Versicherten zahlreiche Wahlmöglichkeiten: Leistungserbringer wie Spitäler, Ärzte und Versicherer sind zu grossen Teilen frei wählbar. Die Wahlfreiheit für Patienten bedeutet gleichzeitig eine qualitätsfördernde Konkurrenz. Sie bietet damit einen Anreiz für die Akteure des Gesundheitswesens, sich kontinuierlich zu verbessern und kostenbewusst zu sein. heitswesen die Wahlfreiheit keinen Rappen sparen. braucht, zeigt ein Blick ins

Ausland: Die Ärzte sind Staatsbeamte. die Patienten stehen Schlange, die Spitäler sind vernachlässigt und nicht alle Bürger haben Zugang zu den gleichen medizinischen Leistungen.

Wahlfreiheit in der obligatorischen Grundversorgung

Die Versicherten sind mündige und urteilsfähige Vertragspartner. Sie kennen ihre Bedürfnisse und Möglichkeiten, und nehmen ihre Interessen bestmöglich wahr. Monopolistische Staatslösungen wie die Einheitskasse gewährleisten aber nicht das gleiche Leistungsniveau. Das Leistungsniveau muss aber erhalten bleiben. Wir wollen Leistungserbringer wie Spitäler,

Ärzte und Versicherer weiterhin frei wählen können. Zudem wollen und ten der Welt. Es bietet den sollen wir als mündig und verantwort-



Dass ein starkes Gesund- Die Einführung einer Einheitskasse würde uns

lich erachtet werden. Aus diesen Gründen sollen Versicherte auch künftig zu einem Vertrag ja – oder eben auch nein - sagen können. Die Wahlfreiheit ist ein berechtigter Anspruch eines Jeden und fusst auf der bewährten liberalen Schweizer Wirtschaftsordnung. gibt keinen Grund, auf Individualrechte und Rechtssicherheit zu verzichten, wenn keine eindeutig bessere Alternative angeboten wird.

Staatliche Moloche treiben die Kosten weiter in die Höhe

Die Initianten behaupten, mit der Einheitskasse könnten Kosten gespart werden. Das Gegenteil ist der Fall! Sogar SP-Bundesrat Berset gab zu: Mit

> Einführung der Einheitseiner kasse würden wir keinen Rappen sparen. Denn während im heutigen, privatwirt

schaftlich organisierten System die Versicherer unternehmerisch agieren müssen – das heisst auch ihre Verwal-

> tungskosten so tief wie möglich halten – hätte ein Staatsbetrieb keinerlei solche Anreize. Was folgt ist uns allen bekannt: Ausufernde Bürokratie, ineffiziente Abläufe und ein aufgeblähter Verwaltungsapparat. Es kommt nicht von ungefähr, dass die Verwaltungskosten der Krankenversicherer heute rund 5,6 Prozent betragen, jene der staat-Arbeitslosenversichelichen rung beispielsweise beinahe 10 Prozent.

Linke Umverteilung stoppen

Aber eigentlich geht es um etwas anderes. Das Ziel der Initiative ist nicht die Verbesserung des bestehenden Systems, das Ziel ist einmal mehr Umverteilung. In einem Interview mit der "Basler Zeitung" sagt SP-Nationalrat Stéphane Rossini: "Nach der Einheitskasse wird die Forderung nach einer einkommensabhängigen Prämie unsere nächste Initiative sein." Die Absicht ist also einmal mehr die Schröpfung von Besserverdienenden unter dem Deckmantel der Gesundheitspolitik - und dies mit verheerenden Auswirkungen: Die Oualität der Gesundheitsversorgung würde sinken, die Wahlfreiheit abgeschafft und die Kosten für jeden einzelnen Versicherten würden steigen.



von Nationalrat Guy Parmelin, Vizepräsident der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, Bursins (VD)

"Die Initianten behaupten, mit der Einheitskasse könnten Kosten gespart werden. Das Gegenteil ist der Fall! Sogar SP-Bundesrat Berset gab zu: Die Einführung einer Einheitskasse würde uns keinen Rappen sparen. " Nationalrat Guy Parmelin, Bursins (VD)

Stopp dem Raub von Strassengeldern!

Der Autofahrer ist ein williges Opferlamm. Seit Jahrzehnten werden seine Mittel zweckentfremdet und für andere Bereiche verwendet. Massive Staus und Kosten in Milliardenhöhe sind die Folgen - währenddessen wartet das Autobahnnetz seit über 50 Jahren noch immer auf die Fertigstellung.

sengelder hat seit Jahrzehnten

System. Dies führt dazu, dass von den jährlichen 9.5 Milliarden Franken an Geldern der Autofahrer nur knapp ein Drittel effektiv für die Strasse verwendet wird. Mit dem Rest werden der öffentliche Verkehr und Bundesausgaben wie Entwicklungshilfe oder das Asylwesen finanziert. Mit der Vorlage zur Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI), über welche wir am 9. Februar 2014 abstimmen, soll Strassengelder sogar noch in der Verfassung zementiert werden.

ie Zweckentfremdung der Stras- Vignettenerhöhung wird nicht für neue Strassen verwendet, sondern einzig für

die Zweckentfremdung der Die Autofahrer bezahlen jährlich 9.5 Milliarden Franken. Nur 35 Prozent dieses Beitrags kommt zurück. Dies ist mit ein Grund, weshalb die Autofahrer im Stau viel Zeit verlieren.

Ausbauten sind nötig – Umlagerung von Geldern nicht

Dabei wäre die Strasse auf diese vorenthaltenen Gelder dringend angewiesen. Seit über 50 Jahren harrt das Autobahnnetz seiner Fertigstellung, Engpassbeseitigungen werden nicht vorgenommen, während die Staustunden munter ansteigen. Auch der Bundesrat will die Strasseninfrastruktur modernisieren. Mit der Behauptung, die Gelder der Vignettenerhöhung seien für neue Strassen bestimmt, versucht er perfid die Bevölkerung zu überlisten. Denn das Geld der

die Übernahme von bestehenden Strecken, für welche bislang die Kantone aufkamen – eine reine Verlagerung der Kosten Richtung Bund.

Keine weiteren Abgaben - Gelder sind bereits vorhanden!

Für den künftigen Strassenausbau bzw. den Erhalt der Strasseninfrastruktur braucht es keine weiteren Abgaben. Gebühren oder neue Steuern. Die Gelder sind bereits da! Sie werden aber seit Jahrzehnten für andere Zwecke verwendet. Der Bund braucht Geld? Nehmen wir es doch von den Autofahrern! So oder ähnlich muss man sich wohl eine Sitzung

> des Bundesrates vorstellen, wenn wieder einmal Ebbe in der Staatskasse ist.

Der Raubzug geht weiter

Diese Abzockerei auf dem Buckel des Strassenverkehrs muss endlich ein Ende haben. Es kann und darf nicht sein, dass stets der Autofahrer für Fehlplanungen im Bundeshaushalt geradestehen muss. Die Drohung von Bundesrätin Leuthard im Rahmen der Abstimmungskampagne zur Vignette, wenn die Erhöhung nicht komme, werde halt der Benzinpreis erhöht, zeigt symptomatisch, wie man in Bern Politik

macht. Durch Nötigung und Drohungen, soll das Stimmvolk gezwungen werden, weiterhin die falsche Verkehrspolitik zu unterstützen. So geht es nicht! Mit einem NEIN zur Vignettenerhöhung am 24. November 2013 können wir ein erstes Zeichen gegen die stete Abzockerei der Autofahrer setzen. Nutzen wir die Chance!



von Nationalrat Rudolf Joder, Belp (BE)

MEHR INFORMATIONEN

V. 100fr-vignette-nein.ch

Abstimmung vom 24. November 13



«150%ErhöhungderVignette und trotzdem weiterhin im Stau stehen? NEIN danke!»

Water Wobmann
Nationalrat, Gretzenbach (SO)



«Keine weiteren Raubzüge auf die Geldbeutel der Autofahrer und des Gewerbes. Darum stimme ich NEIN zur Vignettenerhöhung!»

Andrea Pieren
Gemeinderätin, Oberburg (BE)



«Der jahrzehntelange Missbrauch der Strassengelder muss endlich ein Ende haben. Aus diesem Grund sage ich klar NEIN!»

Hansjörg Knecht Nationalrat, Leibstadt (AG)

Immer mehr zahlen?



Nationalstrassenabgabegesetz

(Vignetten-Verteuerung)





Reden ist keine Kunst! So zu reden, dass man verstanden wird, aber schon! Dazu muss man wissen, was man sagen will und wie man es sagen muss. Wir helfen Ihnen mit praxisnahen Rhetorikkursen und Übungen vor der Kamera!

<griech.> rhētorikē (die Redekunst)

Wir freuen uns auf Sie! Alexander Segert, Geschäftsführer 8600 Dübendorf/ZH, Tel. 043 499 24 00 info@goal.ch, www.goal.ch







Fam. Holzer, 3984 Fieschertal Tel. 027 970 16 60 info@hotelalpenblick.ch www.hotelalpenblick.ch

Schweizer Zeit

Es tickt das Schweizerkreuz, Der Designer Andreas Mossner von der Firma Advision AG zeigt, dass die Zeitangabe mittels rein grafischer Anzeige möglich ist. Das Schweizerkreuz entwickelt sich in vier Viertelstunden nacheinander. bis es komplett ist. Sind 60 Minuten erreicht, springt die Stundenanzeige - der weisse Punkt am Rande - zur nächsten Position. Danach verwandelt sich das Kreuz wieder in ein kleines Quadrat und das Spiel beginnt von vorne. Auf Knopfdruck erscheinen Zeit und Datum digital. Swiss made, wasserdicht, 45 mm, rostfreier Stahl, 2 Jahre Garantie. 1. Edition. Nur über Internet oder per Telefon für 1291.- Franken.

Advision AG Partime, Technopark CH-8005 Zürich, www.partime.ch info@partime.ch, 044 445 14 55

Jetzt Fr.1950.00 investieren* Dafür bis Fr. 5'000.00 sparen

bei 200 Farb- und 1000 s/w-Kopien im Monat berechnet auf die Onsite-Garantiezeit von 5 Jahren.

OKI MC760dn

Farbig drucken, kopieren, scannen + automat. Heften alles auch doppelseitig 500-Blatt-Kassette (+ 2 opt.) 100 Blatt-Original-Einzug Zugriffskontr., Secure Print Touchscreen-Display 23 cm 28 S./min. farbig und s/w 160 GB Festplatte scannt bis 40 S./min. 3 - 5 Jahre Onsite-Garantie opt. Wireless, Fax, Finisher



*abzüglich Spezial-Rabatt für SVP-Mitglieder OCoTex AG, 041 799 50 00, info@ocotex.ch

IMPRESSUM

SVP-KLARTEXT | SVP-KLARTEXT ist eine Publikation der Schweizerischen Volkspartei SVP | Auflage: 60'000 | Herausgeber und Redaktion: Stiftung SVP-Parteizeitung, Generalsekretariat | Postfach 8252 | 3001 Bern | Tel.: 031 300 58 58 | Fax: 031 300 58 59 | klartext@svp.ch | www.svp.ch | Redaktion: Kevin Grangier | Bildquellen: SVP Schweiz, Parlamentsdienste 3003 Bern, VBS 3003 Bern, Peter Schaub, Kevin Grangier, Dietschi Medien&Druck AG, Andrea Pieren, Walter Wobmann, Jolanda Reichen, Wikipedia.org, Peter Spuhler, Thomas Matter, Sylvia Flückiger, Thomas de Courten, Franz Grüter.



«Innovativ und familiärgenau wie ich»

> Renzo Blumenthal Landwirt und Unternehmer



BauernZeitung

Die Wochenzeitung für die Bäuerin und den Bauern

- 13 x für nur Fr. 20.-(statt Fr. 41.60)
- 52 x für nur Fr. 102.-(Fr. 117.–/ Fr. 123.– mit Regionalzeitung)

die grüne

Das Fachmagazin für die Schweizer Landwirtschaft

- 7 x für nur Fr. 20.-(statt Fr. 30.80)
- 🔲 26 x für nur **Fr.** 99.-(statt Fr. 114.40)

Frauenland

Flair fürs Bunte

Alles für die Landfrau und ihre Familie

- 2 Monate gratis
- 8 x für nur **Fr. 40.**-(statt Fr. 48.-)

Schweizer Agrarmedien GmbH, Postfach 737 3000 Bern 25, Tel. 031 958 33 37, Fax 031 958 33 34 www.bauernzeitung.ch/genauwieich

- * Für jedes neue Jahresabo von BauernZeitung oder die grüne ** Teilnahmebedingungen siehe Website

Ihr Geschenk*

Nutzen Sie Ihre Vorteile:

bauernzeitung.ch/genauwieich

Profitieren Sie jetzt von diesem attraktiven Angebot: Gewünschte/s Abo/s ankreuzen und Coupon einsenden.

Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

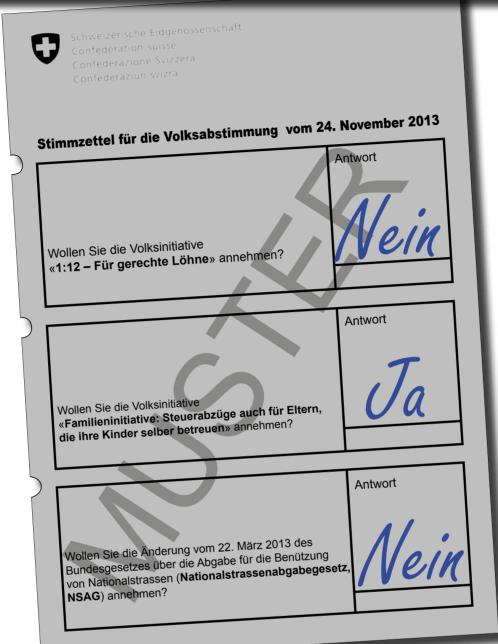
E-Mail

Datum

Unterschrift

☐ Ich nehme nur am Wettbewerb teil**

JETZT AN DIE URNE!



Diskriminierung stoppen!

